

Das verankerte Rätelsystem.

(Brief aus Weimar.)

In Weimar nähert man sich endlich dem Abschluss der zweiten Verfassungskonferenz, und damit kann man in der nächsten Sitzung auch an die nachträglich eingeschobenen Bestimmungen, durch die das rätelhaft gewordene Rätelsystem in der neuen Verfassung des Deutschen Reiches verankert werden soll. Hier handelt es sich bekanntlich um die Einbindung des Reichspräsidenten, das in den Sitzungen der Berliner Reichsregierungs- und Reichspräsidenten gegeben worden ist.

In der Verfassung soll bestimmt werden, daß Arbeiter und Angestellte mit den Arbeitgebern an den Lohn- und Arbeitsbedingungen und der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitwirken, daß ihre Organisationen und ihre Vereinbarungen anerkannt, und daß sie durch Betriebsräte, Bezirksarbeitsräte und einen Reichsarbeitsrat gesetzlich vertreten werden sollen. Diese Körperschaften sollen ihrerseits wiederum mit Wirtschaftsräten anknüpfen, in denen die Unternehmer und sonst beteiligte Volksschichten ihre Vertretung erhalten. Grundlegende sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe sind im Reichswirtschaftsamt zur Begutachtung vorzulegen, wie er selbst auch solche Entwürfe beim Reichstag beantragen kann, an dessen Verhandlungen seine Vertreter insoweit teilnehmen dürfen. Fast alle Parteien brachten zu diesem Artikel Abänderungsvorschläge ein. Die Demokraten im Interesse der Angestellten, die Deutschnationalen im Interesse der Ausdehnung dieses Rätelsystems auf alle Berufsstände, die Unabhängigen im Interesse der Politisierung des Rätelsystems und seiner Übertragung von den privaten Betrieben auf die Verwaltungen von Reich, Staat und Gemeinden.

Um diese Anträge gruppierte sich die Debatte. Der konservativste Redner, Abg. v. Dehnbach, bekannte ausdrücklich, daß die Tendenz des Rätelgedankens auch bei seinen Freunden insofern Anklang gefunden habe, als von ihr ein Gegengewicht gegen eine Überspannung des Parlamentarismus in der Richtung der Schaffung einer berufständigen Kammer erwartet werden könne, in der das gesamte schaffende Volk vertreten sein würde. Das dritte Parlament, das mit dem Reichswirtschaftsamt in unserer Verfassung eingeführt würde, müßte das natürliche Bestreben haben, seine Zuständigkeit zu erweitern, und werde so in einen Kampf gegen Reichstag und Reichsrat hineingelassen, in dem er eines schönen Tages als Erde an die Stelle des Reichsrates treten werde. Von demokratischer Seite wurde mit Nachdruck betont, daß man es ablehne, diesen Räten irgendeine geartete politische Rechte zu geben. Die Unabhängigen waren offen genug eingesehen, daß die hier gemachten Zugeständnisse keine Verabstung schaffen würden. Durch das Rätelsystem werde nur der Anfang mit der Gleichberechtigung der Arbeiter gemacht. Das weitere werde schon folgen. Sachlich von Belang war der Versuch der Demokraten, den großen Scharen der Angestellten zu einer gesonderten Vertretung in den Betrieben gegenüber den noch größeren Massen der Arbeiter zu verhalten. Natürlich nicht etwa, weil sie die Angestellten für etwas Besseres halten als die Arbeiter, sondern weil die Angestellten in zahlreichen Fragen den natürlichen Wunsch haben müßten, bei ihrer Lösung unter sich zu bleiben. Der Reichsarbeitsminister ist der Meinung, daß den Verhältnissen dadurch am besten Rechnung zu tragen sei, daß man Angestellte und Arbeiter zur Zusammenarbeit bringe, ihnen aber die Möglichkeit lasse, etwa wie die Fraktionen der Nationalversammlung, vorher gesondert zu jeder Einzelfrage Stellung zu nehmen. Eine Majorisierung, sagte er, dürfte ausgeschlossen sein. Ein Krost, der in Angestelltenkreisen schwerlich verlangen wird, trotz der weiteren Verankerung des Rätelsystems, daß die Wahlen zu den Betriebsräten von beiden Seiten in besonderen Wahlkörpern vorgenommen werden sollen. Denn selbstverständlich werden die Vertreter der Angestellten gegenüber denjenigen der Arbeiter immer in der Minderheit sein. Ob sie sich bei dieser Lage der Dinge vor der Gefahr der Majorisierung so sicher fühlen können, wie der Minister anzunehmen scheint, ist doch noch sehr die Frage. Der Vertreter der demokratischen Partei konnte sich schließlich nicht enthalten, von einer „Karikatur der Verankerung“ zu sprechen — aber es sieht ganz so aus, als sollte auch in diesem Falle der

Wille der republikanischen Parteien Geheh werden, womit die Praxis des künftigen Lebens sich dann bis auf weiteres abzufinden haben wird.

Nach dieser „Verankerung“ wird dann aber erst das eigentliche Gesetz über die Betriebsräte an die Nationalversammlung gelangen. Dann erst wird über diese Dinge noch des Näheren zu reden sein.

Deutsche Nationalversammlung.

(23. Sitzung.)

In der 23. Sitzung der Deutschen Nationalversammlung wurde die zweite Beratung des Verfassungsentwurfs mit dem Artikel 18 (territoriale Gliederung des Reiches) fortgesetzt, zu dem der Kompromißantrag Loebe (Soz.), Trimborn (N.) und Seile (Dem.) vorliegt. Nach diesem Antrag bedürfen

Gebietsänderungen oder Neubildungen von Ländern innerhalb des Reiches der Zustimmung der beteiligten Länder mit der Bestätigung durch Reichsgesetz. Stimmen die Länder nicht zu, so kann eine Neubildung durch Reichsgesetz erfolgen, wenn die Bevölkerung sie will und ein überlegendes Allgemeininteresse zu erheben ist. Die Abstimmung der Bevölkerung erfolgt, wenn ein Drittel der Wahlberechtigten des abzutrennenden Gebietes es verlangt. Zum Beschluß einer Gebietsänderung sind mindestens drei Fünftel der Stimmen aller Wahlberechtigten erforderlich. Bei Abtrennung von Bezirken ist der Volkswille des ganzen Bezirkes festzustellen. Ein Streit über die Vermögensauseinandersetzung wird durch den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich entschieden.

Für den Kompromißantrag sprachen sich im Namen ihrer Parteien der Sozialdemokrat Abg. Göttsmann, der Zentrum Abgeordnete Staud und der Demokrat Abg. Falk aus. Abg. Dr. Philipp (Deutschnall.) ist nicht befristet von dem Artikel 18. der eine

Zerstückelung Preussens in greifbare Räte rief. Die rheinische Republik bestand zuerst nur in den Köpfen einiger Spanier. Jetzt greift sie hinüber bis zum Oberrhein und bis zur Nordsee.

Preussischer Minister Heimes: Das Preußen, das wir aufgeben wollen, ist nicht das alte Preußen, und man will Preußen nicht erhalten wollen, so wie wir es, um es stark und kräftig zu machen für die Aufgaben des Reiches. Preußen ist nicht abgeneigt, im Interesse der Vereinbarungen auch preussische Gebiete herzugeben, und es verhandelt über solche Absichten bereits mit dem Freistaat Hamburg und mit den schlesischen Staaten. Aber es ist selbstverständlich, daß auch dann die Staaten, denen wir mit Gebietsabtretungen helfen, dem Reich nach Vereinbarungen der Verwaltung Rechnung tragen. Aber es etwas macht man nicht vom reinen Aushaus, sondern von unten her, aus den Bedürfnissen, die aus den einzelnen Ländern und Gebieten von selbst herauswachsen.

Nach weiterer Debatte wird nach Annahme einiger geringfügiger Änderungen der Kompromißantrag Loebe-Trimborn-Seile in Artikel 18 in namentlicher Abstimmung mit 169 gegen 71 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen angenommen.

In der Nachmittags-Sitzung begann die Erörterung bei Artikel 164. Danach sollen in den nächsten fünfzehn Jahren Mitglieder der überlängten landbesitzenden Familien nicht zum Reichspräsidenten gewählt werden dürfen. Die Reichsparteien wollten diese Beschränkung gänzlich streichen, die Unabhängigen umgekehrt die passive Wahlunfähigkeit der Mitglieder der vor der Umwälzung regierenden Familien für alle Zeit abschließen. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Unabhängigen mit knapper Mehrheit (123 gegen 117 Stimmen) angenommen.

Es folgt die Annahme der die Übertragung der Verfassung auf das Reich schließenden Art. 167 und 168. Die Reichsregierung hat dem Reichstag am 1. April 1921 berichtet. Von da ab wird es nur noch Reichsbahn und Reichspostwertzeichen geben.

In Erörterung des Artikels 123, wonach niemand zur Benutzung einer religiösen Eidesform gezwungen werden kann, wird ein deutschnationaler Antrag angenommen, daß auch ein nur mit der Formel „Ich schwöre“, unter Verletzung der Worte „bei Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden“ geleistet, als vollkommen ist.

Nach einer Erörterung über die Lebensdauer der Nationalversammlung schließt die zweite Lesung der Verfassung. Damit ist das für die weitere Entwicklung des deutschen Vaterlandes wichtige Werk geklärt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Provinz Oberschlesien. Wie von zuständiger Seite berichtet wird, beabsichtigt die preussische Staatsregierung, den preussischen Provinzen weitestgehende Autonomie zu

Sammelmappe für bemerkenswerte Tages- und Sekundärliteratur.

- * Die deutsche Regierung hat sich wegen der Teilnahme an der Nationalversammlung erneut an den französischen Ministerpräsidenten gewandt.
- * In der Nationalversammlung wurde mit einer Zweidrittelmehrheit ein Antrag der Unabhängigen genehmigt, der die alliierten ehemals regierenden Familien Deutschlands das passive Wahlrecht zum Reichspräsidentenamt für immer abschafft.
- * Die Entente besieht vor wie nach auf der Durchführung des Kaisererbes.
- * Die deutschen Vertreter erklärten der Entente die Unmöglichkeit, Kohlen an diese zu liefern.
- * Das seit dem 25. April in München bestehende Ständerecht wird zum 1. August aufgehoben.
- * Die Löhnen halten 5000 deutsche Arbeiter gewaltsam zurück und benutzen sie zu Sabotagearbeiten.
- * Das englische Unterhaus hat den Friedensvertrag einstimmig angenommen.
- * Markshall Koch ist zum Ehrenbürger von London ernannt worden.
- * Das polnische Kabinett ist infolge eines unglücklichen Kammerbeschlusses zurückgetreten.
- * In der türkischen Frage haben die Verbandsmächte der vollen staatsrechtlichen Ausbildung der Türkei zugestimmt.
- * Durch Explosion eines leuchtenden Luftschiffes wurden in Chicago zehn Personen getötet und 25 verwundet.

gewähren und hat, wie schon gemeldet, einen Geleitkontrollen in diesem Sinne ausgearbeitet. Falls Oberösterreich für Deutschland stimmen sollte, soll eine Broschüre über die dortigen Verhältnisse gedruckt werden; damit wäre dem Oberösterreichsbestrebungen weitestgehend entgegenzukommen, so daß auch diejenigen, deren Bestreben dahin geht, aus Oberösterreich einen selbständigen Freistaat zu machen, durch diese Lösung der Frage befriedigt werden könnten.

Die Einzelstaaten und das Schulkompromiß. Die Einladung des preussischen Kultusministers traten die Vertreter der Unterrichtsverwaltungen verschiedener Einzelstaaten in Berlin zusammen, um zu der Lösung der Schulfrage in der zweiten Lesung erfolgte Annahme des Schulkompromißes durch die Nationalversammlung geschritten worden ist. Es herrschte volle Übereinstimmung darüber, daß für die Einzelstaaten die praktische Durchführung des Schulkompromißes die denkbar größten Schwierigkeiten ergeben müßte. Es wurde beschlossen, in letzter Stunde noch in einer dringenden Vorberatung mit der Reichsregierung zu verhandeln und zu verlangen, daß die Schulartikel der Grundrechte vor ihrer endgültigen Abschließung einer gründlichen Schul- und Verwaltungstechnischen Durcharbeitung unter Zuziehung der einzelstaatlichen Verwaltungen unterzogen werden.

Flucht des Prinzen Max von Baden. Prinz Max von Baden, der sich zuletzt in Salem am Bodensee aufhielt, ist dieser Tage mit seiner Familie in einem Motorboot nach der Schweiz geflüchtet und auf dem Schweizer Ufer in Bollighofen gelandet. Der Prinz kehrt nicht zurück, daß die Kommunikation eines Gewaltanfalls auf den Prinzen vorbereitet hatten.

Berlin. Zum Vorsitzenden der deutsch-demokratischen Partei wurde Raumann gewählt. Ferner sind u. a. als Vorstandsmitglieder Dr. Friedberg, Oberbürgermeister Koch, Landwehr und Bräunlein Dr. Baum.

Berlin. Die Parteiführung der Deutschen Volkspartei hat wie wir erfahren, beschlossen, einen Parteitag für die Partei der Arbeiterpartei nach Leipzig einzuberufen.

Karlsruhe. Straßburger Blätter berichten, daß Franzosen mit dem Ausbau der elsaß-lothringischen Festungen begonnen. Hierfür sollen zwei Milliarden Franc innerhalb des Jahres verwandt werden.

Paris. Nach hier eingetroffenen Nachrichten wird durch ein Dreimännerkollegium ersetzt worden sein. Die neuen Mitglieder sollen keine Volkswirtschaftler sein. Der Sturz wurde durch die Auflösung der roten Armee herbeigeführt.

ihren dunklen Augen laß er erstaunen und Abweijung. Er sagte sie erst:

„Ein Soldat, der seinen Posten verläßt, würde Ihnen nicht ähnlich sein, Herr Professor, und mich fordern Sie zur Fahnenstange auf? Bei meinem Bruder ist mein Platz, mit meiner Einwilligung ist der Lebende bei und im Hause. Aufrecht würde ich Vindiger nie verlassen, wie er mich nie verließ.“

„Das Wort Ihrer Lienen regt sich in Ihnen, Gnädiger, entgegen der große Mann liebenswürdig und zuvorkommend und fehte dann erst hinzu:

„Aber es stände besser um die Welt und die Menschheit, wenn mehr dächten gleich Ihnen.“

Schon am anderen Tage hatte sich Professor K. mit seiner „Entführung“, wie er es nannte, vollkommen ausgelebt. Er war doch etwas Verführerisches um diese vornehmen Damen. Sie waren unversehrbar in tieferer Sorge um den Kranken, der anscheinend seiner Auflösung entgegenging und doch ganz der ganze Dasein mit dem Kranken. Die Geschwister plauderten und freundlich mit dem Gast, fanden stets Zeit für ihn und niemals hörte er von Fräulein von Verdenstein's Lippen irgendeine Klage. Das waren die, die nicht kommen konnten, aber auch sie, welche nie vergaßen. Der Professor machte das wohl. Er war ein großer Menschenkenner. Sein Beruf führte ihn unter so viele. Fast beim ersten Sehen hatte er in den Herzen gelesen. Aus kleinen Beobachtungen hatte er sich unter Mühe und Kampf emporgearbeitet und war immer etwas demokralisch geblieben. Aber Verdenstein's Lippen nierten ihn. Das war das Edelmannstüm in seiner Schöpfung. Blüte, wie es ihm hier entgegentrat. Drei gegen einander. Schopenhauer den Armen und Elenden, so sollte es sein. Das darum küßte er freiwillig die Hand des bleichen Mädchens, sprach mit dem Baron wie mit einem Sohn und dachte an den Gräfen baron, ob er von seiner Zankendmarke so viel Tag in diesem Falle nicht abgeben sollte. Der Grafen mit ihm gab er ein Kollege, obwohl er in die zu ihm gerufen wurde. Nun, er würde ja sehen. (Fortsetzung folgt)

Unter eherner Faust.

Roman von Emmy von Borgstedt.

(Kontinuation verboten.)

Auch auf Helas Gesicht war nichts von den Seelenkämpfen und Seelenschmerzen zu lesen. Sie war bisher nicht von Verbach's Lager gewichen, sie, Rüdiger und Lisa hatten alles zur Bänderung seiner Schmerzen versucht. Nun forderte die Höflichkeit gegen den Mann, der ihn retten sollte, ihr Erscheinen, und sie kam. Ihre Hände reichten ihm die Kaviarbrötchen und boten ihm nach alter, schöner Sitte das Weinglas. Der feurige vorwärtliche Wortweiser rann wie Feuer durch seine Adern und räumten den letzten Anflug von Überwachtheit hinweg.

„Nun also, verehrter Herr Baron, darf ich bitten, mich immer ein wenig in das Krankheitsbild einzuwöhnen. Wohl Ihre Frau Gemahlin?“

„Nein, Herr Professor, ich bin Jungeselle. Es handelt sich um Ihren Herrn Kollegen aus Niebberg, der in unserem Hause krank wurde.“

„Ein Freund von Ihnen also?“

Da schauten sich die Geschwister an und um beide Lippen lag ein schnelles Lächeln. Dann entgegnete Rüdiger:

„Das wohl recht nicht, aber ein Mensch, der unser bedurfte.“

Da betrachtete der berühmte Mann seinen Wirt sehr genau und sehr überrascht. Wie mochte der zu diesen vorläufigen Gedanken kommen und das wunderliche Mädchen an seiner Seite schien sie zu teilen. Er räusperte sich bedeutungsvoll und fragte dann:

„Wie äußern sich die Symptome der Krankheit, bitte?“

„Es ist leider kein Irrtum mehr möglich, Herr Doktor. Die Krankheit ist die asiatische Cholera.“

„Verzeihen Sie, Herr Baron, wenn Sie nicht so ernst vor mir stehen, müßte ich annehmen, daß Sie scherzen. Asiatische

Cholera, das ist ein sehr böses Wort, ein Wort zum Furchten. Man pflegt sich solche Kranke nicht gerade ins Haus zu holen.“

„Aber man pflegt sie auch nicht auf der Landstraße liegen und sterben zu lassen“, antwortete Herr von Verdenstein, sich noch etwas höher redend, mit einem stolzen, ja hochmütigen Ton in der Stimme. „Noch einmal, Herr Professor, es hat mir unendlich Leid getan, Sie belästigen zu müssen, aber unter diesen Umständen. — Wollten Sie jetzt die Güte haben, den Kranken zu sehen?“

Der berühmte Mann antwortete nicht. Er polterte seine Brille und sann dabei darüber nach, was für eine seltsame Geste sich ihm hier besahe. Daß Eltern ihre Kinder, Geschwister ihre Geschwister, die Gatten den Gatten verlassen vom Besessenen des Wortes asiatische Cholera aufgeschreckt, das hatte er schon erlebt. Daß aber ein reicher, vornehmer und dennoch auch glücklicher Mann Furcht und Anstichung hineinbrachte in sein friedliches Haus aus reiner Nächstenliebe, nein, das war ihm noch niemals vorgekommen, noch niemals!

Dann untersuchte er den Kranken lange und eingehend und erklärte:

„Der Fall ist sehr ernst. Wir haben gar keine Unterstützung in der Lebenskraft des Kranken, denn allem Anschein nach sind die Nerven meines jungen Kollegen vollständig zerstört, und das ist immer ein sehr böses Ding. Haben Sie eine Ahnung, wie er sich die Krankheit zugezogen hat, Herr Baron?“

„Mein Bruder erzählte von einer armen Frau, der er das Leben gerettet haben soll. Ich selbst habe vor einem Mädchen, in dem ich verliebt war, aber lieber will ich mich von Verdenstein's Worten nähren, als Sie in Gefahr wissen.“

„Leta von Verdenstein sah den Arzt groß und lange an. In

